

Ä7

Leitantrag

FLINTA-Vollversammlung, Bündnis 90/Die Grünen Berlin am Samstag, 28.
September 2024

Initiator*innen: FLINTA der AG Verteilungsgerechtigkeit, hilfsweise Corinne Möller als natürliche Person (KV Xhain) (dort beschlossen am: 22.09.2024)

Titel: Ä7 zu L01: Wir verdienen mehr! Für einen feministischen Arbeitsmarkt

Von Zeile 31 bis 33:

verdient das Geld, der zweite Elternteil bleibt zuhause und kümmert sich um die Care-Arbeit.[Leerzeichen]

Das Ehegattensplitting ist ungerecht sowie unzeitgemäß und muss **abgeschafft** reformiert werden. Aktuell ist die Steuerersparnis umso höher, je größer der Einkommensunterschied zwischen den Ehepartner*innen und je höher das gemeinsame Einkommen ist. Somit fördert das Ehegattensplitting Alleinverdiener-Haushalte mit hohem Einkommen und stellt eine große Hürde für die Erwerbstätigkeit von Frauen dar. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder Minijobs und erzielen damit ein niedrigeres Lebenserwerbseinkommen. Dies führt zu einem erhöhten Armutsrisiko im Alter oder nach einer Trennung. Auch bildet das Ehegattensplitting die vielfältigen Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens nicht ab. Die Reform soll das Ehegatten-Splitting durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen. Wir wollen bestehende und neue Ehen dabei gleich behandeln. Dies kann vor allem durch eine Deckelung des Splittingvorteils erreicht werden, der die Belastung aus der Reform zu Anfang auf Haushalte mit einem Einkommen von zusammen mindestens 66.760 EUR

begrenzen würde. Dieser "Splittingdeckel" soll schrittweise innerhalb von 10 Jahren abgebaut werden. Eingesparte Finanzmittel aus der Reform des Ehegatten-Splittings sollen für die Kindergrundsicherung verwendet werden. Ziel ist es, Kinder und nicht Ehen zu fördern.

Begründung

Wir würden gern wieder spezifischer in unserem Reformvorschlag werden. Die Forderungen unserer Partei zum Ehegatten-Splitting sind in den Bundestags-Wahlprogrammen seit 2013 deutlich abgeschwächt worden. Deshalb wollen wir wieder eine effektivere Reform ins Gespräch bringen.

Unterstützer*innen

Magdalena Michalka (KV Berlin-Kreisfrei), Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)